

STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses (15/JBS/2010)
am 09.03.2010
in der Realschule Norden, Mehrzweckraum

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 23.11.2009
0965/2009/2.2
7. Grundschule Süderneuland;
Einrichtung einer Ganztagschule
0998/2010/2.2
8. Einrichtung von Integrationsklassen;
a) Grundschule Lintel
b) Grundschule Süderneuland
1011/2010/2.2
9. Namensänderung für das Gebäude Ekeler Schule
0984/2010/2.2
10. Umsetzung der Perspektiven zur Weiterentwicklung des Kindertagesstättenangebotes in Norden;
hier: Bauliches Konzept zur Erweiterung des Kinderhauses Waldstraße um eine Krippengruppe
0997/2010/2.2
11. Umsetzung der Perspektiven zur Weiterentwicklung des Kindertagesstättenangebotes in Norden;
Neubau einer Krippengruppe bei der Kindertagesstätte "Nachbarschaftszentrum" des Kinderschutzbundes
1004/2010/2.2
12. Einführung der "Ehrenamtskarte Niedersachsen" in Norden
0976/2010/2.2
13. Resolution zur Unterstützung der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH
1012/2010/2.2
14. Dringlichkeitsanträge
15. Anfragen

16. Wünsche und Anregungen
17. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Vorsitzende Feldmann eröffnet um 17.05 Uhr die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses der Stadt Norden und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden von der Vorsitzenden festgestellt.

Herr Klaffke bedauert die Verlegung des Sitzungstermins vom 04.03.2010 auf den 09.03.2010. Durch die Verlegung könnten einige Ausschussmitglieder nicht an der Sitzung teilnehmen. Die Vorsitzende nimmt dieses zur Kenntnis und entschuldigt die Verlegung des Sitzungstermins.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird wie vorliegend festgestellt.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

zu 5 Bekanntgaben

Herr Rahmann gibt folgendes bekannt:

1. Belegung der Kindertagesstätten zum 01.02.2010 (Anlage 1)
2. Medienausstattung für die Realschule im Rahmen der Zuwendungen des Konjunkturpaketes (Anlage 2)

3. Ganztagsschule Realschule/KGS

Erweiterungsbau einer Mensa mit Ausgabeküche einschl. Nebenräumen (Anlage 3)

**zu 6 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 23.11.2009
0965/2009/2.2**

Sach- und Rechtslage:

entfällt

Der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 23.11.2009 wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 7 Grundschule Süderneuland;
Einrichtung einer Ganztagsschule
0998/2010/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 09.11.2009 die Einrichtung einer Ganztagsschule in der Grundschule Süderneuland beraten und folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Einrichtung einer Ganztagsschule in der Grundschule Süderneuland wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Realisierung dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt der haushaltspolitischen Vorgaben und der bildungspolitischen Erkenntnisse in der Stadt Norden.
3. Die Verwaltung wird unabhängig davon beauftragt, die bisherigen baulichen Planungen zu optimieren.

Die Verwaltung hat 6 Vorschläge zur Umsetzung der baulichen Anforderungen an eine Ganztagsschule erarbeitet. Die Grundschule Süderneuland hat einen eigenen Vorschlag eingereicht (s. Anlage 1 bauliche Alternativen).

Erläuterung der bauliche Alternativen:

Variante 1:

Umbau eines Klassenraumes und eines Betreuungsraumes im Altbau der Schule zu einem Speiseraum und einer Ausgabeküche, Größe 60 und 44 qm sowie Ausbau des Dachgeschosses im westl. Altbau zu einem Multifunktionsraum, Größe 107 qm. Gesamtkosten: 255.000 Euro.

Variante 2:

Umbau eines Klassenraumes und eines Betreuungsraumes im Altbau der Schule zu einem Speiseraum und einer Ausgabeküche und Errichtung eines Multifunktionsraumes als Sechseckbau

auf dem Schulhof, Größe 160 qm. Gesamtkosten: 485.000 Euro.

Variante 3:

Umbau eines Klassenraumes und eines Betreuungsraumes im Altbau der Schule zu einem Speiseraum und einer Ausgabeküche und Errichtung eines Multifunktionsraumes als Neubau, einfacher Rechteckbau, Größe 164 qm. Gesamtkosten: 428.000 Euro.

Variante 4:

Umbau eines Klassenraumes und eines Betreuungsraumes im Altbau der Schule zu einem Speiseraum und einer Ausgabeküche und Anschaffung eines Schulcontainers als Multifunktionsraum, Größe 135 qm. Der Schulcontainer kann sowohl gekauft als auch gemietet werden. Gesamtkosten Kauf: 315.000 Euro, Miete 37.700 Euro/Jahr.

Variante 5:

Sanierung des Klassenzimmers im Altbau.

Anschaffung von Schulcontainern für die Unterbringung der Ausgabeküche, des Speiseraumes und eines Multifunktionsraumes, Größe 135 qm, als Ankauf oder Mietmodell. Gesamtkosten : 245.000 Euro, Miete 37.700 Euro/Jahr + 25.000,00 Euro.

Variante 5a:

Entspricht der Variante 5 mit einer geänderten Gebäudeausrichtung.

Variante 6:

a) Umbau eines Klassenraumes und eines Gruppenraumes im ehemaligen Vorschulgebäude zu einem Speiseraum und einer Ausgabeküche, Größe 54 und 45 qm, Gesamtkosten: 60.000 Euro.

Die übrigen Räume, 1 Klasse mit Gruppenraum in Erdgeschoss und der Mehrzweckraum im Obergeschoss sollen als Multifunktionsräume genutzt werden, ca. 200 qm.

Sanierung des Klassenraumes im Altbau und Anschaffung eines Schulcontainers als Ersatz für die umgenutzten Klassen im ehem. Vorschulgebäude. Kosten für den Ankauf: 173.000 Euro, Container als Mietmodell: 15.000 Euro jährl. + 60.000 + 25.00 Euro.

oder

b) Einrichtung der Ausgabeküche in einem Containeranbau zur Größe von 36 qm, Gesamtkosten für einen Kauf 193.500 Euro, als Mietmodell 7.500 Euro jährl. + 119.000 Euro.

Variante 7:

Vorschlag der GS Süderneuland

Umbau eines Klassenraumes und eines Betreuungsraumes im Altbau der Schule zu einem Speiseraum und einer Ausgabeküche und Erstellung eines Neubaus auf dem Schulhof, Größe 170 qm, Gesamtkosten: 309.000 Euro

Wortbeiträge:

Zu Beginn der Beratung stellt Herr Wilts die Varianten 1-7 zum Umbau der Grundschule Süderneuland anhand von Plänen vor.

Die Vorsitzende gibt mit Einverständnis der Ausschussmitglieder Frau Güttler vom Schulvorstand der Grundschule Süderneuland die Gelegenheit, die Sicht der Eltern darzustellen.

Frau Güttler führt aus, dass es aus Elternsicht keine Alternative zur Variante 7 gibt. Es müsste eine räumliche Situation geschaffen werden, die annehmbar ist. Klassencontainer sind eine Zumutung.

Herr Lüers weist auf die Voraussetzungen einer Ganztagschule hin. Ein Speiseraum mit Essensausgabe sowie ein Ruhe- und Freizeitbereich müssten geschaffen werden. Die Kosten müssten

allerdings auch von der Stadt getragen werden können. Die Variante 7 ist zu teuer und kann daher nicht unterstützt werden. In der Diskussion ginge es nicht mehr um die Einrichtung einer Ganztagschule, sondern um einen Neubau einer Pausenhalle. Die Allianz befürwortet die Variante 6.

Herr Forster führt aus, dass die Varianten intensiv in seiner Fraktion beraten wurden und die SPD den Vorschlag der Schule (Variante 7) befürwortet. Die Ganztagschule hat Priorität und die Grundschule Süderneuland hat Nachholbedarf. Auch der Elternwille sollte unterstützt werden.

Rektor Albers weist darauf hin, dass für eine Ganztagschule nicht genug Kapazitäten vorhanden sind bzw. durch die Variante 6 auch nicht geschaffen werden. Bei der Variante 6 würden gute Klassenräume wegfallen. Es würde auch keine Möglichkeit für klassenübergreifende Angebote wie z. B. die Märchenwoche mehr bestehen. Vorteile der Variante 7 wären, dass der Mehrzweckraum erhalten bliebe, die Essensausgabe zentraler liegt und klassenübergreifende Projekte weiterhin stattfinden können.

Frau Kleen unterstützt den Vorschlag der Schule für einen Neubau (Variante 7). Das Raumkonzept passt nicht zum pädagogischen Konzept und auch der Elternwille müsste bei solchen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Herr vor der Brüggen erkundigt sich nach dem Brandschutz bei den Schulcontainern. Herr Wilts erläutert, dass bei allen erarbeiteten Varianten der Brandschutz berücksichtigt wurde und sichergestellt ist.

Herr Köther möchte eine einvernehmliche Entscheidung. Bei einer Entscheidung gegen den Vorschlag der Schule würde der Elternwille nicht gebrochen. Allerdings befürwortet er auch keine Schulcontainer.

Bürgermeisterin Schlag stellt an dieser Stelle fest, dass die Einrichtung der Ganztagschule Süderneuland beschlossen ist. Es gilt nur dieses jetzt auch umzusetzen.

Rektor Albers führt auf direkter Nachfrage mehrerer Ausschussmitglieder aus, dass die Umsetzung der Variante 6 ein Rückschritt für den Schulbetrieb ist. Wenn das Geld jetzt für den Neubau einer Pausenhalle nicht vorhanden ist, würde die Schule lieber noch ein paar Jahre warten und das Angebot bis dahin nicht erweitern.

Frau Eilers vom Jugendparlament weist daraufhin, dass man froh sein soll, dass seitens der Stadt Geld bewilligt wird und auch die Möglichkeit einer Ganztagschule besteht. Kleinere Schritte könnten auch zum Ziel führen. Die Ganztagschule sollte auf jeden Fall kommen.

Herr vor der Brüggen stellt einen Antrag auf Verschiebung der Entscheidung um 3 Monate und die Sitzungsvorlage sollte daher ohne Beschlussempfehlung in den Rat zu gehen.

Über diesen Antrag lässt die Vorsitzende abstimmen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	5
	Nein-Stimmen:	6
	Enthaltungen:	2

Herr Forster beantragt über die Varianten 6 und 7 getrennt abstimmen zu lassen.

Abstimmung zur Variante 7

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	4
	Nein-Stimmen:	7
	Enthaltungen:	2

Anschließend lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt:

Die Errichtung der Ganztagschule Süderneuland soll nach dem Raumkonzept der Variante 6 umgesetzt werden.

Abstimmung zur Variante 6

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	7
	Nein-Stimmen:	4
	Enthaltungen:	2

zu 8 Einrichtung von Integrationsklassen;
a) Grundschule Lintel
b) Grundschule Süderneuland
1011/2010/2.2

Sach- und Rechtslage:

Es wurden 8 Anträge auf Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Integrationsklassen gestellt. In Abstimmung mit der Landesschulbehörde sollen die Integrationsklassen in den Grundschulen Süderneuland und Lintel eingerichtet werden für den Zeitraum 01.08.2010 bis 31.07.2014. Die Schulvorstände der Grundschulen haben sich für die Einrichtung der I-Klassen ausgesprochen.

a) Die Grundschule Lintel hat mit Schreiben vom 11.02.2010 einen Antrag auf Einrichtung einer Integrationsklasse für 4 Schüler gestellt und gleichzeitig Stunden für eine/n Integrationshelfer/in beantragt. Voraussichtlich werden 12 Förderschullehrerstunden bewilligt, davon 5 Stunden für 1 geistig behindertes Kind, 4 Stunden für 2 Kinder, die in der Lernentwicklung verzögert sind und 3 Stunden für 1 Kind mit emotionaler und sozialer Entwicklungsverzögerung.

Die Schule benötigt für die Schuljahre 1 und 2 jeweils 9 Stunden wöchentlich für eine Integrationskraft und für die Schuljahre 3 und 4 jeweils 14 Stunden in der Woche.

Voraussichtliche Kosten:

9 Stunden/Woche x 12,00 Euro x 40 Wochen im Jahr = 4.320 Euro x 2 Jahre = 8.640 Euro
14 Stunden/Woche x 12,00 Euro x 40 Wochen im Jahr = 6.720 Euro x 2 Jahre = 13.440 Euro

b) Die Grundschule Süderneuland hat mit Schreiben vom 18.02.2010 einen Antrag auf Einrichtung einer Integrationsklasse für 4 Schüler gestellt und gleichzeitig Stunden für eine/n Integrationshelfer/in beantragt. Voraussichtlich werden 11 Förderschullehrerstunden bewilligt, davon 5 Stunden für 1 geistig behindertes Kind und 6 Stunden für 3 Kinder, die in der Lernentwicklung verzögert sind.

Die Schule benötigt für die Schuljahre 1 und 2 jeweils 10 Stunden wöchentlich für eine Integrationskraft und für die Schuljahre 3 und 4 jeweils 15 Stunden in der Woche.

Voraussichtliche Kosten:

10 Stunden/Woche x 12,00 Euro x 40 Wochen im Jahr = 4.800 Euro x 2 Jahre = 9.600 Euro
15 Stunden/Woche x 12,00 Euro x 40 Wochen im Jahr = 7.200 Euro x 2 Jahre = 14.400 Euro

Im Haushalt 2010 wurden die Kosten für eine neue Integrationsklasse eingeplant mit ca. 2.600 Euro ab 1.8.2010. Das ein Bedarf für die Einrichtung von 2 I-Klassen besteht war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung nicht bekannt.

Der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt:

- A) Der Einrichtung einer Integrationsklasse in der Grundschule Lintel für den Zeitraum 01.08. 2010 bis 31.07.2014 wird zugestimmt. Für die Betreuung werden Kosten für eine Integrationskraft bis zu einer Höhe von 12,00 Euro je Stunde übernommen.**
- B) Der Einrichtung einer Integrationsklasse in der Grundschule Süderneuland für den Zeitraum 01.08. 2010 bis 31.07.2014 wird zugestimmt. Für die Betreuung werden Kosten für eine Integrationskraft bis zu einer Höhe von 12,00 Euro je Stunde übernommen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	13
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 9 Namensänderung für das Gebäude Ekeler Schule
0984/2010/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Nach § 107 NSchG kann der Schulträger im Einvernehmen mit der Schule dieser einen Namen geben. Die Schule kann einen Namen vorschlagen.

Die Grundschule Lintel hat den Vorschlag gemacht, das Schulgebäude in der Schulstraße 25 umzubenennen von Ekeler Schule in „Eckelboom School.“

Der Schulvorstand hat die Namensänderung einstimmig beschlossen. Für die Umbenennung wurden folgende Gründe angeführt:

- Die Herkunft des Namens wird dann Eltern und Kindern besser vermittelbar sein als bisher.
- Die hämischen Verunglimpfungen der Schüler bei Auftritten wie Fußballturnieren würde entfallen.
- Das Plattdeutsche würde eindeutig im Namen Gewicht bekommen.

In einem Aufsatz von Mathilde Imhoff in der Beilage „Heim und Herd“ zum Ostfriesischen Kurier ist der Name Ekel auf ein Rodungsdorf im Eichenwald zurückzuführen. Ein kleiner Eichenwald (Eichen = Eckels) soll vor ca. 125 Jahren zwischen der Gartenallee und dem Dobbenweg gestanden haben.

Die „Ekeler Schule“ gehört verwaltungsmäßig zur Grundschule Lintel und ist keine eigenständige Schule. Der über viele Generationen bekannte und „eingebürgerte“ Name „Ekeler Schule“ repräsentiert den Norder Stadtteil Ekel.

Wortbeiträge:

Herr Forster verweist auf den Leserbrief zur geplanten Umbenennung der Schule Ekel von Frau Lottmann. (Anlage 4)

Er spricht sich dafür aus, den Namen beizubehalten.

Herr vor der Brüggen findet, dass die Entscheidung den Lehrern, Eltern und Schülern überlassen werden sollte. Er spricht sich für eine Umbenennung der Schule aus, da der Name „Ekel“ auch bei den Schülern zu Hänseleien führt. Auch andere Schulen haben neue Namen erhalten.

Frau Lütkehus möchte den Namen erhalten, da er auch auf einen Stadtteil der Stadt Norden hinweist. Die fünf weiteren Grundschulen sind alle nach den jeweiligen Ortsteilen benannt.

Der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt:

Das Nebengebäude der Grundschule Lintel, Schulstraße 25, erhält keinen neuen Namen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	0

- zu 10 **Umsetzung der Perspektiven zur Weiterentwicklung des Kindertagesstättenangebotes in Norden;**
hier: Bauliches Konzept zur Erweiterung des Kinderhauses Waldstraße um eine Krippengruppe 0997/2010/2.2

Sach- und Rechtslage:

Unter Beschluss-Nr. 0825/2009/2.2 hat der Verwaltungsausschuss am 18.06.2009 beschlossen, das Krippenprojekt „Kinderhaus Waldstraße“ kurzfristig nach Bewilligung der beantragten Zuwendung zu verwirklichen. Maßnahmenträger sei die Stadt Norden als Gebäudeeigentümerin. Mit Bescheid vom 13.11.2009 hat die Landesschulbehörde die Zuweisung in beantragter Höhe (217.500 €) bewilligt.

Das Architekturbüro Kremer und Kremer hat zusammen mit dem Verein „Kinderhaus Waldstraße e.V.“ und der Stadt Planungsunterlagen und Kostenschätzungen für die Beantragung der Landeszuwendung erstellt.

Die Planungen werden in der Sitzung mündlich erläutert.

Herr Rahmann stellt dem Ausschuss die Planungen vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- zu 11 **Umsetzung der Perspektiven zur Weiterentwicklung des Kindertagesstättenangebotes in Norden;**
Neubau einer Krippengruppe bei der Kindertagesstätte "Nachbarschaftszentrum" des Kinderschutzbundes
1004/2010/2.2

Sach- und Rechtslage:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 28.02.2008 beschlossen, Förderanträge für die Krippenprojekte „Kindertagesstätte Hooge Riege“, „Kinderhaus Waldstraße“ und der „Kindertagesstätte Nach-

barschaftszentrum“ beim Land zu stellen.

Mit dem Beschluss zur Verwirklichung der Krippengruppe in der Kindertagesstätte „Hooge Riege“ hatte der Verwaltungsausschuss am 19.06.2008 beschlossen, dass die Krippenprojekte „Kinderhaus Waldstraße“ und „Nachbarschaftszentrum“ - zusammen mit den Trägern - weiter entwickelt werden sollten.

Nach der Bewilligung der Landeszuwendung für das „Kinderhaus Waldstraße“ und dem Beginn der Umsetzung dieses Vorhabens führten die Gespräche mit dem Kinderschutzbund über das Projekt „Nachbarschaftszentrum“ nun zu der Zustimmung des Vorstandes zu einer konkreten Planung.

Diese Planung geht von einer weitgehenden Übernahme der Planungen des Baukörpers aus, der an das Kinderhaus Waldstraße für die dortige Krippengruppe angebaut wurde. Der Eingangsbereich wird den baulichen Gegebenheiten des Nachbarschaftszentrums angepasst.

Die Planungen berücksichtigen auch einige Veränderungen im Altbestand des Kindergartens, die jedoch nicht förderfähig sind.

Diese Planung ist die Grundlage des Förderantrages, der in den nächsten Wochen bei der Landesschulbehörde vorgelegt wird.

Es wird davon ausgegangen, dass das Vorhaben „Nachbarschaftszentrum“ zu vergleichbaren Konditionen wie das Projekt „Kinderhaus Waldstraße“ verwirklicht werden kann. Dieses würde städt. Eigenanteile in Höhe von ca. 37.500 € im Jahre 2011 bei einer Gesamtfinanzierungssumme von ca. 255.000 € bedeuten.

Mit Betriebsbeginn der Krippe (voraussichtlich 2012) sollten mit dem Kinderschutzbund Betriebskostenpauschalen für die Einrichtung vereinbart werden.

Der zusätzliche Betrieb einer Krippengruppe führt voraussichtlich ab 2012 zu Kostensteigerungen im Ergebnishaushalt.

Wortbeiträge:

Herr Rahmann stellt die Planungen des Projektes anhand von Bauzeichnungen vor.

Herr Köther erkundigt sich nach der Bausubstanz des Gebäudes. Herr Rahmann führt aus, dass die Bausubstanz des Gebäudes in Ordnung sei.

Der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt:

Der Neubau einer Krippengruppe „Nachbarschaftszentrum“ des Kinderschutzbundes ist konkret zu projektieren und kurzfristig nach Bewilligung der beantragten Landeszuwendung zu verwirklichen.

Maßnahmenträger ist die Stadt Norden als Gebäudeeigentümerin.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 12 Einführung der "Ehrenamtskarte Niedersachsen" in Norden
0976/2010/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Die FDP-Fraktion hat mit Schreiben vom 07.01.2010 (s. Anlage 1) die Einführung der niedersächsischen Ehrenamtskarte zur Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements für die Stadt Norden beantragt und um Beratung im Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss am 04.03.2010 gebeten.

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 12.01.2010 den Antrag auf Beteiligung der Stadt Norden an dem Projekt „Ehrenamt“ gestellt (s. Anlage 2).

Zur weiteren Information sind dieser Vorlage die Anlagen 3 und 4 beigelegt, aus denen die Ziele des Projekts und die Umsetzung erläutert werden. Das Antrags- und Vergabeverfahren ist eindeutig und konkret geregelt.

Den sich beteiligenden Kommunen bleibt es überlassen, die mit der Ehrenamtskarte nutzbaren Vergünstigungen auszuwählen, zu organisieren, anzubieten und mögliche Kosten zu tragen.

Die Stadt schließt sich den inhaltlichen Zielen der Ehrenamtskarte wie Anerkennung und Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements in vollem Umfang an. Durch die Einführung der Ehrenamtskarte sollen die bisherigen Würdigungen auf örtlicher Ebene bei verschiedenen Anlässen, so z. B. auf der Neujahrsbegegnung durch die Bürgermeisterin der Stadt oder durch die Bürgerstiftung mit der Verleihung des Ehrenamtspreises, nicht in Frage gestellt werden.

Nach der Entscheidung des Rates über die Beteiligung an der Ehrenamtskarte müssten entsprechende Angebote entwickelt werden. Hierbei sollten auch die privatwirtschaftlichen Unternehmen und Vereine etc. mit einbezogen werden.

Nach Auskunft des Landkreises soll es für die Gemeinden keine Kontingentierung geben. Der Landkreis geht kreisweit von 800 bis 1.000 Ehrenamtskarten aus.

Zurzeit liegen dem Landkreis 235 Anträge vor, wovon 100 positiv beschieden wurden. Bei den übrigen Anträgen gibt es noch Klärungsbedarf. Für den Bereich der Stadt Aurich wurden bisher 75 Karten ausgestellt. Für Norden rechnet der Landkreis mit 80 bis 100 Ehrenamtskarten.

Norden hat insgesamt rd. 50 Vereine, Verbände, Feuerwehr, THW, DRK u. a.

Eine Übersicht über die derzeit angebotenen Vergünstigungen im Geltungsbereich der Ehrenamtskarte Niedersachsen sind im Internet unter „freiwilligenserver/ Ehrenamtskarte/ Vergünstigungen/Gesamtliste (PDF)“ aufgeführt.

Wortbeiträge:

Herr Forster erklärt, dass die SPD die Einführung der Ehrenamtskarte in der Stadt Norden unterstützt.

Er bittet um Auskunft, innerhalb welcher Zeitachse mit Vorschlägen der Verwaltung für Vergünstigungen bei der Nutzung städtischer Einrichtungen gerechnet werden kann, um auch frühzeitig eine Präsenz im Internet zu haben.

Bürgermeisterin Schlag führt aus, dass erst der Grundsatzbeschluss im Rat gefasst werden müsste. Eine Ausarbeitung der Verwaltung zu den Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen wird zur nächsten Sitzung im September vorliegen.

Herr von der Brüggen findet es bedauerlich, wie der erste Weg des Antrages der FDP auf Einführung der Ehrenamtskarte in der Verwaltung gelaufen sei. Er bemängelt die Presseinformation und die Vorgehensweise der Verwaltung. Erst die Anträge der FDP und SPD würden eine politische Diskussion ermöglichen.

Herr Klaffke spricht sich gegen die Ehrenamtskarte aus. Wenn jemand ein Ehrenamt bekleidet sollte er daraus keine geldwerten Vorteile ziehen. Ein Ehrenamt sollte ein Ehrenamt bleiben mit Anerkennung und Lob, aber keine bezahlte Beschäftigung.

Der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt:

- 1) Die Stadt Norden schließt sich den inhaltlichen Zielen der Ehrenamtskarte wie Anerkennung und Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements in vollem Umfange an. Das Ehrenamt verdient öffentliche Würdigung. Diese Würdigung soll in Norden auch weiterhin wie bisher bei verschiedenen Anlässen und besonderen Veranstaltungen erfolgen. Materielle Vergünstigungen sollen dabei nicht im Vordergrund stehen. Als äußeres Zeichen der Würdigung von ehrenamtlicher Tätigkeit beteiligt sich die Stadt Norden darüber hinaus an dem Projekt „Ehrenamtskarte Niedersachsen“.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, Vergünstigungen bei der Nutzung städtischer Einrichtungen zu erarbeiten und die Vorschläge dem Verwaltungsausschuss bzw. dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
- 3) Zudem wird die Verwaltung gebeten, weitere Vergünstigungen –die in Norden mit der Ehrenamtskarte in Anspruch genommen werden können- bei privaten Einrichtungen, von Unternehmen, Vereinen etc. einzuwerben.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	1
	Enthaltungen:	0

**zu 13 Resolution zur Unterstützung der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH
1012/2010/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Die Zweckverbandsversammlung der Landesbühne Nord GmbH hat in der Sitzung am 07.01.2010 unter TOP 5 den Wirtschaftsplan und damit die prekäre Finanzlage beraten. Ein Auszug aus der Niederschrift ist als Anlage 1 beigelegt. Es sollten öffentlichkeitwirksame Aktionen gestartet werden, um auf die unzulängliche Finanzausstattung der Landesbühne aufmerksam zu machen.

Die Landesbühne hat einen Resolutionsvorschlag übersandt, der als Anlage 2 beigelegt ist.

Wortbeiträge:

Bürgermeisterin Schlag setzt den Ausschuss darüber in Kenntnis, das u. a. auch sie an den Verhandlungen über neue Zielvereinbarungen zur Erhaltung der Landesbühne teilnehmen wird.

Herr Forster teilt mit, dass die SPD die Resolution zur Landesbühne unterstützt. Die Landesbühne ist ein kultureller Eckpfeiler für die Region.

Frau Lütkehus spricht sich auch für die Resolution aus, da nach ihrer Ansicht das Kulturangebot in Norden erhalten bleiben sollte.

Der Jugend-, Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt:

Dem Vorschlag der Landesbühne Nord GmbH für eine Resolution an das Land Niedersachsen wird zugestimmt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 14 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 15 Anfragen

Herr vor der Brüggen erkundigt sich nach dem Raumbedarf der KGS.
Herr Lüers führt hierzu aus, dass für das kommende Schuljahr der Bedarf gedeckt werden kann.

zu 16 Wünsche und Anregungen

Herr vor der Brüggen spricht das Thema Ferienprogramm der letzten Sitzung an. Er möchte klären, ob seine Mitarbeit für das Aktivieren von 10 Sportvereinen fürs Ferienprogramm erwünscht ist. Zeitungsberichte aus denen hervorging, dass er 10 Vereine, die sich am Ferienprogramm beteiligen, ansprechen würde, führten zu Missverständnissen.
Die Vorsitzende stellt fest, dass es wohl genug Institutionen gebe und sich der Rat bzw. einzelne Ratsmitglieder nicht mehr darum kümmern müssten. Herr vor der Brüggen wird gebeten, seine Informationen an Frau Kirsten weiterzugeben.

zu 17 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Vorsitzende Frau Feldmann schließt die Sitzung um 20.05 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Die Protokollführerin

-Feldmann-

-Schlag-

-Dehne-